



## Antrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Oskar Atzinger** und **Fraktion (AfD)**

### **Pressehistorische Sammlung Welke für Bayern erhalten – Errichtung eines Museums für Pressefreiheit prüfen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich ein weiteres Mal darum zu bemühen, die pressehistorische Sammlung Martin Welke für den Freistaat zu erhalten,
2. hierzu im Ausschuss schriftlich zu berichten, inwieweit bisher ein Erwerb der Sammlung im Rahmen der vorhandenen Mittel geprüft wurde und ob eine Wiederaufnahme der Verhandlungen realistisch wäre,
3. zu prüfen, ob die Sammlung Martin Welke einen Grundstock für ein eigenes, zu errichtendes Museum für Pressefreiheit und die Geschichte der Presse bilden könnte,
4. dem Wunsch mehrerer deutscher Pressehistoriker nachzukommen und die Universität Augsburg im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel in die Lage zu versetzen, aus der derzeit laufenden Kooperation zwischen der Universität Augsburg und der vom Sammler ins Leben gerufenen Stiftung eine dauerhafte pressehistorische Forschungsstelle zu begründen.

#### **Begründung:**

Vor Kurzem wurde bekannt, dass der Pressehistoriker und Sammler Martin Welke beabsichtigt, seine in Augsburg gelagerte Sammlung wertvoller pressehistorischer Objekte aus Bayern abzuziehen. Dies geschieht, weil das Angebot, die Sammlung als Grundstock für ein pressehistorisches Museum in Augsburg zur Verfügung zu stellen, weder bei der Stadt noch beim Freistaat auf Interesse stieß. Dabei attestierten im vergangenen Juni mehrere renommierte Medienhistoriker aus dem In- und Ausland in einem offenen Brief die Bedeutung der Sammlung und die Realisierbarkeit eines eigenen Museums in der „Kunsthalle am Wittelsbacher Park“ der Stadt Augsburg. Aus Sicht der Unterzeichner wäre die Präsentation in einem eigenen Museum ohne größere finanzielle Aufwendungen möglich.

Die Abwanderung der Sammlung, deren Objekte offenbar schon seit fast zehn Jahren im Raum Augsburg lagern, wäre dagegen ein herber Verlust für die Forschung und Rückschlag für die Bemühungen, die Bedeutung der Presse und der Pressefreiheit für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in einem eigenen Museum zu würdigen.

Die Staatsregierung sollte daher offenlegen, welche Bemühungen es seitens der Staatsregierung für eine Kooperation mit dem Sammler gab, warum es zum Abbruch der Verhandlungen mit dem Sammler kam und ob es nicht möglich wäre, einen neuen Versuch zu unternehmen, die Sammlung doch noch für den Freistaat zu gewinnen.

Derzeit läuft ein Kooperationsvertrag zwischen der Universität Augsburg und der Stiftung des Sammlers zur Erforschung der Bestände. In dem erwähnten offenen Brief setzen sich die Unterzeichner außerdem für eine dauerhafte Forschungsstelle ein, die aus der seit 2021 laufenden Kooperation entstehen könnte. Nachdem nächstes Jahr der auf drei Jahre geschlossene Kooperationsvertrag mit der Stiftung ausläuft, ist es dringend geboten, über eine Vertragsverlängerung bzw. über die Schaffung einer dauerhaften Forschungsstelle für Pressegeschichte an der Universität Augsburg nachzudenken und diese ins Leben zu rufen.